

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 76

Artikel: China : ein Reich, an dem sich die Geister scheiden

Autor: Seifert, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055523>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

China – ein Reich, an dem sich die Geister scheiden

China als glänzendes Vorbild oder als abschreckendes Beispiel – diese Frage stellt sich dem Westen nicht erst seit heute. Die europäischen Aufklärer waren durch ihre Auseinandersetzung mit einem bislang kaum bekannten Denken auf eine Gesellschaft ohne Kirche und Adel aufmerksam geworden, die sich von jener des Abendlandes grundlegend unterschied. So plädierte der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz in seinem 1697 veröffentlichten Werk *Novissima Sinica* (Das Neueste von China) dafür, von China zu lernen. Voltaire sah im chinesischen Kaiserreich den idealen Vertreter eines aufgeklärten Absolutismus, an dem sich Europas Monarchen orientieren sollten, wie er in seinem 1756 erschienenen *Essay sur l'Histoire générale et sur les moeurs et l'esprit des nations* (Versuch über die Weltgeschichte und die Sitten und den Geist der Völker) schrieb. Am kaiserlichen China liess sich aufzeigen, dass zum guten Funktionieren einer Gesellschaft keine feudalen Strukturen notwendig waren.

Das Schicksal Asiens

In ihrem Buch *Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht* vertreten der Journalist Stefan Baron und die Journalistin Guangyan Yin-Baron die Meinung, die europäische Sinophilie habe einen «bedeutenden Beitrag zum Zusammenbruch des Ancien Régime [...] und zur Modernisierung des Westens» geleistet (Baron, Yin-Baron 2019, 52). Mit dem Aufkommen einer neuen Produktionsweise, des Kapitalismus, verkehrte sich dann aber Bewunderung in Missachtung. Angesichts der rasanten wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte in Europa galt China jetzt als rückständig, gar als

eine «orientalische Despotie». Stichwortgeber dafür war der Staatstheoretiker Charles-Louis de Secondat, Baron de Montesquieu, mit seinem 1748 erschienenen Hauptwerk *De l'Esprit des Lois* (Vom Geist der Gesetze).

Ihm widersprach Abraham-Hyacinthe Anquetil-Duperron in seinem 1778 veröffentlichten Buch *Législation Orientale* (Orientalische Gesetzgebung). Darin entwickelte er die These von der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Kulturen. Jan Assmann erinnert an den Orientalisten: Dieser sei der Auffassung gewesen, es gebe nicht die geringste Rechtfertigung für den europäischen Anspruch, «andere Völker und Stämme als unzivilisiert und als Objekte von Eroberung, Kolonialisierung und Ausbeutung zu etrachten» (Assmann 2018, 36). Die Philosophen Johann Gottfried Herder und Georg Wilhelm Friedrich Hegel hielten sich dann aber lieber an Montesquieu. Für Hegel befand sich China in einem Zustand, in dem der Mensch direkt den Zwängen der Natur und eines despotischen Herrschers ausgeliefert sei. Weil das Denken der Chinesen die Fesseln der Natur und der politischen Herrschaft nicht abschütteln könne, bleibe es «statarisch», unbewegt. Deshalb müsse das Land «von aussen» aus seiner Immobilität geworfen werden. Hegel erklärte: «Es ist das notwendige Schicksal der asiatischen Reiche, den Europäern unterworfen zu sein, und China wird auch einmal diesem Schicksale sich fügen müssen.» (Zitiert nach Spengler 1979, 17)

Despotie und Stagnation

Karl Marx teilte die Einschätzung Hegels und fügte im Kapital eine ökonomische Analyse hinzu: Der «Schlüssel zum Geheimnis der Unveränderlichkeit asiatischer Gesellschaften» sei in der in China gegebenen Einheit von Handwerk und Ackerbau, im gemeinschaftlichen Besitz an Grund und Boden sowie der festen Arbeitsteilung zu finden (MEW 23, 379). Die Durchführung öffentlicher Arbeiten, zum Beispiel der Bau von Bewässerungsanlagen, und die Zersplitterung des Reiches in zahllose kleine Dorfgemeinschaften würden das Erstarken einer zentralistischen Staatsgewalt begünstigen. Marx schlussfolgerte: «[M]an kann sich keine solidere Grundlage für asiatischen Despotismus und Stagnation denken». (Zitiert nach Spengler 1979, 21)

Marx' Beschäftigung mit der «asiatischen Produktionsweise» vertiefte der marxistische Sinologe Karl August Wittfogel. Er versuchte, dieses Konzept empirisch zu unterfüttern sowie zu systematisieren – und musste dabei die Erfahrung machen, dass die Theoretiker der asiatischen Produktionsweise zwischen die Fronten des innerparteilichen Kampfes der frühen Sowjetunion geraten waren: Hinter der Debatte über die «halbasiatische»

Vorgeschichte Sowjetrusslands witterte Stalin Kritik an seinem eigenen Regime. (Zum Begriff «halbasiatisch» vgl. Dutschke 1974.) Im US-amerikanischen Exil wandelte sich Wittfogel schliesslich zum glühenden Antikommunisten und erklärte den «orientalischen Despotismus» zum Hauptfeind der westlichen Demokratie.

China verstehen

Wittfogel sollte nicht gänzlich verdammt werden. Zu seiner Ehrenrettung kann festgehalten werden, dass er sich darum bemühte, «die Chinesen [...] aus ihrer eigenen Entwicklung zu verstehen» (Spengler 1979, 32). Da liessen sich eben nicht nur «Immobilität» und «Stagnation» entdecken – ganz im Gegenteil: Noch bis ins 17. Jahrhundert hinein stellte China jenen Kulturkreis dar, der weltweit am höchsten entwickelt war. Wie konnte es dann zu dieser gewaltigen Umkehr der Kräfte kommen, sodass das Reich der Mitte 200 Jahre später dem westlichen Kolonialismus und Imperialismus unterliegen musste? Das beschäftigte den britischen Naturwissenschaftler und Sinologen Joseph Needham – es wurde zu seiner «grossen Frage». Er bezog sich auf Wittfogel, unterschied sich aber von diesem in einem wesentlichen Punkt: Er blieb unorthodoxer Marxist. In einem vielbändigen Werk setzte sich Needham mit Wissenschaft und Zivilisation in China auseinander. Er kam zum Schluss, es habe soziale, ökonomische und nicht zuletzt weltanschauliche Gründe gegeben, die China daran hinderten, seine bislang führende Stellung in Technik und Naturwissenschaften angesichts der aufkommenden kapitalistischen Klassengesellschaft aufrechterhalten zu können. Doch Chinas Zukunft sah Needham durchaus in lichten Farben: «Möglichlicherweise sind die für die Chinesen bedeutsamen Traditionen viel leichter mit einer wissenschaftlichen, kooperativen Weltgemeinschaft in Übereinstimmung zu bringen als die Grundanschauungen der Europäer.» (Needham 1979, 70)

Nach der Sinophilie der frühen Aufklärung war es im 20. Jahrhundert zu einer neuen Welle der China-Begeisterung gekommen – dieses Mal ausgelöst durch den Sieg der chinesischen Revolution, die als ein Leuchtfeuer für revolutionäre Bewegungen nicht nur in der «Dritten Welt» wahrgenommen wurde. Führende Intellektuelle besuchten das neue China – unter ihnen beispielsweise Simone de Beauvoir. Die Philosophin wollte ein Leben jenseits westlicher Konsumgewohnheiten entdecken und die Vorurteile ihrer Leser*innen über den Kommunismus herausfordern. Auf ihrer Reise habe sie gesehen, dass dieses Land «zugleich ein Erbgut und den Entwurf zu

einer zukünftigen Ordnung» darstelle, schrieb sie in ihrem 1957 erschienenen China-Buch, das 1960 unter dem Titel *China. Das weitgesteckte Ziel* in deutscher Übersetzung auf den Markt kam (zitiert nach Kirkpatrick 2020, 332).

Der Osten ist rot

Wenig später machten sich die Antiautoritären der 68er-Bewegung die Mao-Parole «Rebellion ist gerechtfertigt» zu eigen, weil sie in der «Grossen Proletarischen Kulturrevolution» ein Pendant ihres eigenen Aufbruchs gegen die verknöcherten Verhältnisse der westlichen Wohlstandsgesellschaften sahen – ohne allerdings ein Bewusstsein dafür zu besitzen, dass China vor ganz anderen Herausforderungen stand. Auf dieses Land und seine Errungenschaften bezogen sich nicht nur überzeugte Maoist*innen, sondern auch skeptischere Menschen. So ist in einem Beitrag einer linken, aber keineswegs «marxistisch-leninistisch» orientierten Zeitschrift aus dem Jahr 1978 zu lesen:

«Das chinesische Volk hat sich unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst aus den Fesseln des Kolonialismus und Imperialismus befreit. Die chinesische Revolution hat in noch stärkerem Masse als die Oktoberrevolution zu jener welthistorischen Wende beigetragen, die darin besteht, dass die 3. Welt beginnt, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die politische Vormachtstellung der KP begründet sich nicht zuletzt auch aus der führenden Rolle während der Revolution.» (Safranski/Voigt 1978, 24 f.)

Co-Autor dieses Artikels ist der bekannte deutsche Intellektuelle Rüdiger Safranski: 1970 gehörte er noch zu den Gründer*innen der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands / Aufbauorganisation (KPD/AO – später wurde das «AO» weggelassen). Inzwischen ist er weit nach rechts gerückt, wie so manche seiner früheren Gesinnungsgegenoss*innen. Auch andere grosse Namen kokettierten damals mit dem Maoismus. So verkündete der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger 1973 im *Kursbuch*, dass angesichts der zu jener Zeit bereits erkennbaren Anzeichen einer globalen ökologischen Krise die chinesische Regierung als einzige in der Welt «konsequente Strategien zur Verhinderung der Katastrophe» entwickle (zitiert nach Schickel 1978, 132).

Mao – machtgieriger Massenmörder?

Die China-Euphorie dauerte nicht lange. Bald war das «rote Jahrzehnt» wieder in Vergessenheit geraten. (Zum «roten Jahrzehnt» vgl. Koenen 2001.) Viele von denen, die die Kulturrevolution am enthusiastischsten begrüßt hatten, zählten wenig später zu deren schärfsten Kritiker*innen. Die Motive dafür waren sehr unterschiedlich: Die einen hielten den Sturz der Mao-nahen «Viererbande» nach dessen Tod im Herbst 1976 für eine Rückkehr des Reiches der Mitte auf den «kapitalistischen Weg» (vgl. z.B. Bettelheim 1978). Dem westlichen Mainstream, dem sich auch viele einstige Linke anschlossen, ging die Abkehr der neuen Partei- und Staatsführung unter Deng Xiaoping von der Mao-Politik dagegen noch zu wenig weit.

Auf einmal war Mao Zedong nicht mehr der wagemutige Revolutionär, der zusammen mit seinen Genoss*innen China aus einem «Jahrhundert der Demütigung» befreit hatte – wie eine gängige Bezeichnung der Zeit zwischen den Opiumkriegen und der Eroberung der Macht durch die Kommunistische Partei lautet. Jetzt galt er als machtgieriger Massenmörder. Joscha Schmierer, einstiger Maoist und Mitgründer des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), schreibt zur viel verkauften, aber weitgehend unkritisch aufgenommenen Biografie *Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes*: Die These der Autor*innen Jung Chang und Jon Halliday laute, Mao sei zum «gigantischen Störfaktor der chinesischen Geschichte» geworden, aber das Buch basiere auf «contrafaktischen Annahmen, ohne diese offenzulegen». Schmierer weiter: «Es ist das gute Recht Jung Changs, der ehemaligen Rotgardistin, sich von Mao und der Kulturrevolution betrogen zu fühlen. Aber Hass aus Enttäuschung ist kein guter Forschungsleitfaden.» (Schmierer 2008)

Neuer «Kalter Krieg»

Ein Jahrzehnt später haben sich die Linien des ideologischen Kampfes erneut verschoben. Jetzt geht es nicht mehr in erster Linie um die geschichtliche Rolle von Mao Zedong oder um die Einschätzung der Kulturrevolution (Leese 2016). Die Wiederkehr Chinas auf die weltpolitische Bühne, die Entwicklung des Landes zur zweitgrössten Volkswirtschaft der Erde hinter den Vereinigten Staaten weckt Befürchtungen und Ängste. Die von wesentlichen Teilen der westlichen Elite gehegte Vorstellung, China werde dank der seit Ende der 1970er-Jahre eingeleiteten Politik ökonomischer Reformen Schritt für Schritt auch die Werte des Westens übernehmen, hat sich als irrig erwiesen. Vielmehr stellt sich heraus, dass dieses Land seinen ganz eigenen Weg

einer «gelenkten Volkswirtschaft» (Land 2020) geht, die unter dem Dach einer nominell «sozialistischen» Herrschaft das Wirken von staatlichem und privatem Kapital bislang höchst erfolgreich vereint.

Die Politik des Westens folgt jetzt der Logik: Gelingt die Kooptation nicht, muss Konfrontation an deren Stelle treten. Manche Zeichen deuten auf einen neuen «Kalten Krieg». Kompliziert wird die Geschichte dadurch, dass sich hier – anders als beim bis in die 1980er-Jahre dauernden Konflikt zwischen den von den Supermächten USA und Sowjetunion angeführten Parteien – nicht mehr zwei vollkommen unterschiedliche Systeme gegenüberstehen. Mit der von Deng eingeführten und von dessen Nachfolgern fortgeführten Reformpolitik ist China zu einem Teil des kapitalistischen Weltsystems geworden (Lin 2013). Das Besondere daran ist allerdings die Tatsache, dass China sich den übrigen kapitalistischen Mächten, insbesondere den USA, nicht einfach unterordnet, sondern seine Eigenständigkeit bewahren kann.

Diese Eigenständigkeit ist als Erbe einer Revolution zu verstehen, die im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der «Dritten Welt» eine weitgehend autozentrierte Entwicklung möglich machte: Das Vertrauen auf die Kräfte des Volkes – die sogenannte Massenlinie (Lin 2019) – bildete das Herzstück der Politik von Mao Zedong. So gesehen war seine Mobilisierung der Volksmassen eine entscheidende Voraussetzung für den in der Geschichte der Menschheit bislang einmaligen ökonomischen Sprung nach vorn: Innerhalb von nur zwei Generationen ist aus einem armen Entwicklungsland eine führende Industrienation geworden. Manche Beobachter*innen hatten behauptet, nach der Kulturrevolution sei bloss ein «Scherbenhaufen» übriggeblieben (Weggel 1987, 38). Neuere Untersuchungen kommen zu differenzierteren Ergebnissen (Leese 2016, 93–98).

Sorge um die Stabilität des Systems

Die ökologischen, sozialen und nicht zuletzt auch moralischen Kosten dieses Sprungs sind allerdings nicht zu unterschätzen: Das enorme wirtschaftliche Wachstum hat zur Übernutzung der natürlichen Ressourcen geführt. Zudem verschärft sich die gesellschaftliche Ungleichheit. War China noch Ende der 1970er-Jahre eine relativ homogene Gesellschaft auf niedrigem wirtschaftlichem Niveau, so hat die soziale Kluft zwischen den Klassen in der Zwischenzeit stark zugenommen. Der Gini-Koeffizient, ein Mass für die Ungleichheit, ist in China von 0,28 im Jahr 1981 auf 0,46 im Jahr 2018 gestiegen (Kronauer 2019, 24f.). Das sollte eigentlich ein äusserst dringliches Problem

für Kommunist*innen sein. Von der Existenz von Klassen, von Widersprüchen zwischen den Klassen, gar von Klassenkampf ist aber offiziell keine Rede mehr. Stattdessen hiess die Parole von Deng und seinen Nachfolgern: Bereichert euch! Die jetzige Staats- und Parteiführung unter Xi Jinping scheint sich aber der Gefahren bewusst zu werden, die durch Korruption und allzu sehr zur Schau gestellten Reichtum für den gesellschaftlichen Zusammenhalt drohen.

Die Frage nach der Stabilität des Systems findet ihre Antwort in der Loyalität der Massen. Mao Zedong hatte einst versucht, sie durch Appelle an den revolutionären Geist und die Beteiligung der Massen an politischen Kampagnen zu fördern. Die Führungsgruppen nach Mao sind Schritt für Schritt vom Konzept der Politisierung des Volkes abgekommen und suchen ihr Heil in dessen konsequenter Ruhigstellung durch einen wachsenden individuellen Wohlstand. Dem mit der Entpolitisierung einhergehenden Verlust der Orientierung am Gemeinwohl soll eine besondere Mischung Abhilfe leisten: Ein auf die Ideologie materiellen Fortschritts reduzierter Marxismus wird mit der Moral des Konfuzianismus verschmolzen, um der China-spezifischen Verbindung aus Sozialismus und Kapitalismus eine möglichst feste Verankerung in den Herzen und Hirnen des Volkes zu verschaffen.

China-Bashing? China-Euphorie?

Die Sozialwissenschaftlerin Chun Lin stellt fest, dass die Reformpolitik zu einem Übergang in ein bürokratisch-kapitalistisches System degeneriert sei, bei dem Staat und Marktkräfte gegebenenfalls auch repressive Mittel gegen die Gesellschaft einsetzen können (Lin 2013, 198f.). Andere Beobachter*innen kommen zu positiveren Einschätzungen hinsichtlich des chinesischen Weges. So glaubt der Volkswirtschaftler Wolfram Elsner, China werde «nicht vom kapitalistischen Tiger geritten, es reitet den kapitalistischen Tiger, aber als streng regulierten [...] Markt». Und er hofft, China könne zeigen, «dass Sozialismus im 21. Jahrhundert kein statisches, bürokratisches Armutssystem mehr ist», sondern eines, das den Kapitalismus «überflügeln und die menschlichen Perspektiven erweitern» werde (Elsner 2020, 309 und 326).

Und wie steht es mit den demokratischen Rechten des Volkes? Die chinesische Minderheitenpolitik gegenüber der muslimischen Bevölkerung in Xinjiang befindet sich derzeit im Zentrum westlicher Kritik. Die Begründung der Staats- und Parteiführung, die Massnahmen stünden im Dienst des Kampfes gegen den islamistischen Fundamentalismus, werden bei uns

kaum zur Kenntnis genommen; geschweige denn, dass es zu einer kritischen Widerlegung chinesischer Positionen käme. Ebenso wird die offizielle Betonung der sozialen gegenüber den individuellen Menschenrechten hierzulande selten gewürdigt – als wäre es nicht der Rede wert, dass 800 Millionen Menschen aus der absoluten Armut geführt worden sind. Der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik meint, der Kampf gegen die Armut berechtige nicht dazu, «republikanische Freiheiten und Menschenrechte zu suspendieren» (Brumlik 2020, 90). Wohl wahr. Doch müssten wir uns nicht auch fragen, was die Deklaration von Menschenrechten eigentlich taugt, wenn in der vom Westen beeinflussten Welt der Kampf gegen die Armut nicht konsequent geführt wird und immer noch rund 800 Millionen Menschen an Hunger leiden?

Gerade aus einer sozialistischen Perspektive heraus muss eine kritische Auseinandersetzung mit dem Weg Chinas stattfinden. Sie sollte aber vermeiden, in das bürgerliche Kalte-Kriegs-Geheul einzustimmen, und sie sollte versuchen, die emanzipatorischen Potenziale dieses Weges herauszuarbeiten. Dabei darf sie die dem entgegenstehenden Elemente nicht übersehen. Dies wäre, kurz gefasst, eine «dritte» Position gegenüber dem vorherrschenden China-Bashing sowie gegenüber unkritischen Verteidiger*innen der aktuellen chinesischen Politik.

Literatur

- Assmann, Jan, 2018: Achsenzeit. Eine Archäologie der Moderne, München
- Baron, Stefan / Yin-Baron, Guangyan, 2019: Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht, Berlin
- Bettelheim, Charles, 1978: Fragen über China nach Mao Tse-tungs Tod, Berlin
- Brumlik, Micha 2020: Der Kampf der Weltanschauungen. China gegen den Westen. Von Kant über «Habeimasi» zu «Tianxia». In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, 81–90
- Chang, Jung / Halliday, Jon, 2005: Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer, Heike Schlatterer, Werner Roller. München
- Dutschke, Rudi, 1974: Versuch, Lenin auf die Füsse zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale. Berlin
- Elsner, Wolfram, 2020: Das chinesische Jahrhundert. Die neue Nummer eins ist anders. Frankfurt a. M.
- Kirkpatrick, Kate, 2020: Simone de Beauvoir. Ein modernes Leben. Aus dem Englischen von Erica Fischer und Christine Richter-Nilsson. München
- Koenen, Gerd, 2001: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln
- Kronauer, Jörg, 2019: Der Rivale. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens. Hamburg
- Land, Rainer, 2020: China. Gelenkte Volkswirtschaft. Sozialistische Marktwirtschaft? www.rla-texte.de (Abfrage 14.2.2021)
- Leese, Daniel, 2016: Die chinesische Kulturrevolution 1966–1976. München
- Lin, Chun, 2013: China and Global Capitalism. Reflections on Marxism, History and Contemporary Politics. New York

- Lin, Chun 2019: Mass Line. In: Sorace, Christian / Franceschini, Ivan / Loubere, Nicholas (eds.), 2019: Afterlives of Chinese Communism. Political Concepts from Mao to Xi. Acton, 121–126
- MEW 23: Marx, Karl / Engels, Friedrich, 1970: Werke, Bd. 23. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin
- Needham, Joseph, 1979: Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der chinesischen Wissenschaft. Frankfurt a. M.
- Safranski, Rüdiger / Voigt, Bodo 1978: Intellektuelle über China. Gulag oder sozialistisches Entwicklungsland. In: Berliner Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 6, 16–26
- Schickel, Joachim, 1978: Grosse Unordnung, grosse Ordnung. Annäherungen an China. Aufsätze 1969–1978. Berlin
- Schmierer, Joscha 2005: Der Mao im Kopf. In: Der Tagesspiegel, 31.5. www.tagesspiegel.de/gesellschaft/geschichte/china-der-mao-im-kopf/1245582.html (Abfrage 14.2.2021)
- Spengler, Tilman 1979: Die Entdeckung der chinesischen Wissenschafts- und Technikgeschichte. In: Needham, Joseph: Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der chinesischen Wissenschaft. Frankfurt a. M., 7–52
- Weggel, Oskar, 1987: China. Zwischen Marx und Konfuzius. München

